

Der Preis der Hysterie

Über Sicherheit, Freiheit und Nebenwirkungen.
Ein Plädoyer gegen die Impfpflicht.

Von Martin Hirte

Quelle: SZ 9.3.2015

Es ist wie in einem Tollhaus: Politiker, Ärztevertreter und Medien überbieten sich mit Forderungen nach einer Impfpflicht für Masern; Berliner Eltern sollen mit ihren Säuglingen zu Hause bleiben; Berlin-Reisen werden storniert. Manche private Kinderkrippen haben nicht verstanden, dass es nur um Masern geht, und verhängen gleich eine Impfpflicht für alles, vorsorglich auch für die Geschlechts-Erkrankung Hepatitis B.

Warum diese Panik? Masern gibt es seit Menschengedenken, und wir hatten uns relativ gut mit dieser Krankheit eingerichtet. Noch Anfang der Siebzigerjahre hatte jeder mit spätestens zehn Jahren die Masern hinter sich. Es gab daher kaum Fälle bei Erwachsenen, und auch selten bei Säuglingen, die durch die hohen Antikörper-Spiegel ihrer Mütter geschützt waren. Entsprechend selten traten Komplikationen auf.

Dennoch wurden Hirnentzündungen und tödliche Verläufe in der Häufigkeit von damals (1: 10 000) zunehmend inakzeptabel. Durch die Masernimpfung nach 1972 sanken die Erkrankungen nachhaltig, sie liegen seit 2004 bis auf wenige Ausnahmen zwischen 500 und 2000 pro Jahr. Todesfälle gibt es nur noch vereinzelt, am ehesten bei Säuglingen und Erwachsenen.

Gegenwärtig sind 97 Prozent der Grundschüler einmal und 92 Prozent zweimal gegen Masern geimpft - von Impfmüdigkeit also keine Spur. Mit Engelszungen und Aufklärung könnte innerhalb weniger Jahre das Ziel erreicht werden, die Masern weitgehend einzudämmen, ohne Bußgeld und Zwangsimpfung. Ich arbeite in meiner Praxis daran mit.

Klar ist aber: Mit keiner Impfstrategie wird es gelingen, die Masern auszurotten. Es gibt nicht nur Impfgegner, sondern auch Menschen, bei denen die Impfung nicht wirkt. Der Anteil beider Gruppen dürfte etwa gleich hoch sein und zusammen annähernd zehn Prozent ausmachen. Selbst wenn man also 95 Prozent der Bevölkerung zweimal impft, werden zehn Prozent jedes Jahrgangs ungeschützt erwachsen und können bei Masernkontakt erkranken. Es ist zudem illusorisch, in allen Ländern der Welt 95 Prozent der Bevölkerung zweimal zu impfen: Armut, Bürgerkriege *und failed states* wird es immer geben. Reisende, Flüchtlinge oder Migranten (wie eben in Berlin) tragen das Virus um die Welt. Es kann sogar in einer weitgehend immunen Bevölkerung jahrelang unter- und dann wieder auftauchen.

Wir können die Masern also höchstens eindämmen. Die Krankheit gehört zum menschlichen Schicksal wie Erdbeben oder Unwetter. Die Frage ist nur: Wie weit gehen wir in unserem Sicherheitsbedürfnis, und wie viel Freiheit setzen wir dafür aufs Spiel? Stellen wir uns die Impfpflicht vor: Was geschieht, wenn Eltern sich trotz Bußgeld weigern, ihr Kind impfen zu lassen? Kommt dann die Polizei und reißt ihnen ein schreiendes Kleinkind aus den Armen? Was würde das für unser demokratisches Selbstverständnis bedeuten? Was sind die langfristigen Nebenwirkungen?

Nirgendwo wird so früh und so viel geimpft wie in Deutschland

In Westdeutschland haben wir uns erst zwei Jahrzehnte nach dem Krieg vom Muff des Obrigkeitsstaates freigekämpft. Das Vermächtnis des Kaiserreichs mit seinem rigorosen Reichsimpfgesetz hat lange fortgewirkt, ebenso das Dritte Reich mit seinen Massenimpfungen als Inszenierung der „Volksgemeinschaft“. Noch in den Sechzigerjahren sprachen Politiker vom Primat des „Volkskörpers“ über den Körper des Einzelnen. Die demokratische Zivilgesellschaft setzt auf Freiheit und Selbstbestimmung. Dazu gehört die freie, informierte und individuelle Impfentscheidung, gestützt durch Beratung. Ein Fortschritt, den wir uns nicht nehmen lassen dürfen.

Doch wir müssen gar nicht die Verfassung bemühen - Würde des Menschen, körperliche Unversehrtheit, Recht auf Selbstbestimmung -, wenn es um die Akzeptanz von Impfgegnern geht. Nein, wir brauchen diese Menschen, wir brauchen Diskussion, wir brauchen Nonkonformisten. Ein Impfgegner hat durchgesetzt, dass die Ständige Impfkommission (Stiko), die bis dahin im vordemokratischen Dunkeln arbeitete, ihre Protokolle veröffentlichen muss. Impfkritische Stimmen gaben den Ausschlag dafür, dass die Stiko Impfstoffe nicht mehr unbesehen durchwinkt. Impfskepsis ist kein böser Wille. In keinem anderen Land Europas sind so viele Impfungen so früh empfohlen wie bei uns. Ein ordentliches ärztliches Beratungsgespräch ist da nicht mehr möglich. Impfstoffe werden im Eilverfahren zugelassen, Risiken sind nicht untersucht oder werden nicht kommuniziert. Der Verfassungsrechtler Rüdiger Zuck hält die Stiko-Empfehlungen für verfassungswidrig: Die Abwägung von Risiko und Nutzen sei weder für den Impfling noch den Arzt möglich, der Staat verstoße deshalb gegen seine grundrechtlichen Schutzpflichten. Im Grunde muss die pharmanah und offensichtlich überforderte Stiko aufgelöst und stattdessen ein „Amt für Prävention“ eingerichtet werden, dessen Aufgabe es wäre, Impfungen professionell und ohne Einfluss der Industrie einzuschätzen und gegen andere Maßnahmen abzuwägen.

Wer Impfwang fordert, müsste viel eher anderswo Zwang fordern: Einschränkung von Autofahrten; Verbot von Tabak und Alkohol; Zwang zum Stillen, denn das steigert die Lebenserwartung des Kindes. Wollen wir eine Gesundheitsdiktatur? Dieselben

Politiker, die eine Impfpflicht fordern, schießen durch den neoliberalen Umbau des Gesundheitssystems die öffentlichen Krankenhäuser sturmreif und betreiben mit Freihandels- und Dienstleistungs-Abkommen den Ausverkauf an Finanzhaie und Investoren - mit absehbar verheerenden Auswirkungen auf Arbeitsbedingungen und Patientenversorgung. Keiner weiß, wie viele Opfer das fordern könnte.

Auch Ärzte sollten vorsichtig sein mit dem Ruf nach Impfpflicht. Zum einen ist das ein Offenbarungseid: Wir schaffen es nicht, Vertrauen bei Patienten aufzubauen. Zum anderen sorgt unsere Zunft durch ihr Verschreibungsverhalten dafür, dass bestimmungsgemäß (!) eingenommene Medikamente zur dritthäufigsten Todesursache wurden, wie der dänische Gesundheitsexperte Peter C. Getzsche vorrechnet. Aber zurück zum Impfen: Eltern müssen sich nach dem Willen der Bundesregierung künftig von einem Arzt beraten lassen, bevor sie ihr Kind in eine Kita geben. Warum eigentlich erst dann? Impfbeginn ist doch laut Stiko die neunte Lebenswoche! Und warum werden die Eltern verpflichtet und nicht der Arzt? Ein ausführliches Impfgespräch mit den Eltern sollte für Ärzte obligatorisch sein, aber auch angemessen vergütet werden. Bisher können Ärzte Impfberatung nur abrechnen, wenn sie dann auch gleich impfen.

Es ließe sich vieles besser machen. Aber nicht mit einer Impfpflicht.

Martin Hirte, 60,

Arzt für Kinder- und Jugendmedizin in München, gehört zu den Begründern von „Ärzte für individuelle Impfentscheidung e.V.“ Er ist Autor des Buchs „Impfen Pro und Contra“.